

## Ein „Fairness-Paket“ für unsere Tourismusbetriebe!

Salzburgs FPÖ kritisiert das schwarz-grüne „Almosen-Paket“ für Gastronomie und Tourismus und fordert: ein 300-Millionen-Euro-Folgeschäden-Fonds, Aufhebung der Schutzmaskenpflicht und „Salzburg-Urlaubs-Gutscheine“ für alle Salzburger, die ihren Urlaub in heimischen Hotels verbringen. **S. 13**



Foto: FPÖ Salzburg

# FPÖ fordert Ende der Corona-Maskerade!

Der symbolische Maulkorb ist nur Ausdruck der schwarz-grünen Bürgerschikane **S. 2/3**



## „Nur medialer Krisenkult statt wirksamer Hilfsmaßnahmen!“

Freiheitliche sezieren die schwarz-grüne Selbstdarstellungsposse – **S. 4/5**

### PARLAMENT

#### Lernresistent

Die schwarz-grüne Koalition hat – mit Unterstützung der Neos – mit einem Beharrungsbeschluss die Kritik des Bundesrats am letzten Covid-19-Paket beiseite gewischt. Alle Einwände von FPÖ und SPÖ wurden von der Koalition abgeschmettert. **S. 6**

### AUSSENPOLITIK

#### Nächster Anlauf

Nach der Kommission haben jetzt Angela Merkel und Emmanuel Macron den nächsten Anlauf zur Vergemeinschaftung der Staatsschulden gestartet. Unter dem Deckmantel der Corona-Krise hat man einen 500-Milliarden-Euro Testballon gestartet. **S. 8/9**

### WIEN

#### Misstrauensantrag

Nachdem Asylanten aus Quartieren in Wien zwei Post-Verteilzentren durch Infizierung der Beschäftigten mit dem Corona-Virus „lahmgelegt“ haben, wird die FPÖ einen Misstrauensantrag gegen SPÖ-Gesundheitsstadtrat Peter Hacker einbringen. **S. 11**

### MEDIEN

#### Suche nach Millionen

Ein Jahr vor der ORF-Generaldirektors-Wahl stürzt der ORF in eine Finanzkrise. Durch die von der Corona-Krise verstärkten Verluste bei den Werbeeinnahmen und den Absagen von Großveranstaltungen fallen dem Staatsfunk 50 Millionen Euro aus seinem Budget. **S. 14**



AUS DER  
REDAKTION

Andreas Ruttinger  
andreas.ruttinger@fpoe.at

Vor langer Zeit nahm die ÖVP für sich in Anspruch DIE Wirtschaftspartei zu sein. Jetzt, unter Sebastian Kurz, gibt sie es billiger: Kurz ist das Programm – alles andere und alle anderen nur Beiwerk.

Solange die FPÖ den Phrasendreschern im Kanzleramt als lenkende Kraft zu Seite stand, ging das gut. Mit den Grünen schleuderten Kurz und seine Spin-Doktoren in die (Corona-)Katastrophe.

## Denken verpönt!

Etwas Arbeitsministerin Christine Aschbacher, die sich rühmte, dass nach zwei Monaten (!) bereits 127 Millionen Euro für die Kurzarbeit ausbezahlt wurden. Das sind nicht einmal 100 Euro pro betroffenem Arbeitnehmer. Am Hindukusch oder im afrikanischen Dschungel würde das vielleicht Jubel auslösen. Aber hier in Österreich...

Oder Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, die jubelt, nach zwei Monaten (!) schon 50 Prozent der Anträge für den Härtefall-Fonds abgewickelt und satte sieben Prozent (!) der Fonds-Summe ausbezahlt zu haben.

Denken ist in der Koalition nicht gefragt, nur dem Messias im Kanzleramt ist lobzuhudeln.

Durch die schwarz-grüne Panikmacherei droht der heimischen Hotellerie ein Verlust von bis zu 4,2 Milliarden Euro, der Gastronomie bis zu 3,3 Milliarden.

Wie das abzufedern wäre, erklären Erwin Angerer, Gerald Hauser und Matthias Krenn, die als Praktiker von den Dingen Ahnung haben, auf den Seiten 4 und 5 – und stellen diese Anleitung zur Krisenbewältigung der schwarz-grünen Sekte zur Verfügung.

Denn es geht, verdammt nochmal, um die Existenz unseres Österreich – und nicht um das Wohlgefühl-Chakra der Kurz-Sekte!

# Weg mit der schikanösen M

## Die Freiheitlichen drängen auf ein rasches Ende der Beschränkungen für

Österreich müsse jetzt so schnell wie möglich „den Schritt zurück in die Normalität“ machen, um aus der „Corona-Krise“ herauszukommen, fordert Bundesparteiobmann Norbert Hofer. Als Symbol der schwarz-grünen Schikanen-Politik hat die FPÖ den „Maulkorb“, die Schutzmaske, ausgemacht und fordert das Ende der Tragepflicht.

„Die Wirtschaft steht mit dem Rücken zur Wand“, warnte Hofer eindringlich mit Verweis auf die aktuellen Arbeitsmarktzahlen und katastrophalen Umfrageergebnisse unter Unternehmern. Die Bundesregierung sei absolut überfordert, das zu ändern, kritisierte Hofer. Denn statt Zuversicht mache sie weiter mit ihrer – inzwischen bewiesenen – unnötigen Angstmacherei, die ausgerechnet von Bundeskanzler Sebastian Kurz ausgehe.

### Kurzsche Schizophrenie

„Den Abend daheim verbringen – nach wie vor eine gute Idee. Schau auf Dich, schau auf mich, die Bundesregierung“, postete das Bundeskanzleramt auf „Facebook“. „Das ist doch der absolute Irrsinn! Gerade haben die Wirte endlich wieder aufsperrn dürfen und bemühen sich, nach besten Kräften mit den Mitarbeitern ihre Gäste zurückzuholen und die Umsatzauffälle der letzten beiden Monate wettzumachen – und dann sagt der Kanzler: Bleibt zuhause!“, empörte sich Hofer.

Aber anscheinend gibt es für den Bundeskanzler eine „Messias-Ausnahmeregelung“, wie bei seinem Wiedererweckungsauftritt im Kleinwalsertal geschehen, als er

ohne Schutzmaske und „Baby-Elefanten-Abstand“ ein Bad in der Menge nahm.

„Würde man Kurz seine eigenen Maßstäbe und die seines Innenministers Karl Nehammer anlegen, dann ist der Bundeskanzler jetzt eindeutig ein ‚Lebensgefährder‘, noch dazu, wo in dieser Menge viele ältere Menschen gewesen sind“, kritisierte FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl diese unerhörte Anmaßung des ÖVP-Chefs. Daher könne es folglich nur eines geben: „Was für Kurz gilt, muss auch für die Österreicher gelten. Also weg mit den unsinnigen Beschränkungen bei Freiluftveranstaltungen“, forderte Kickl.

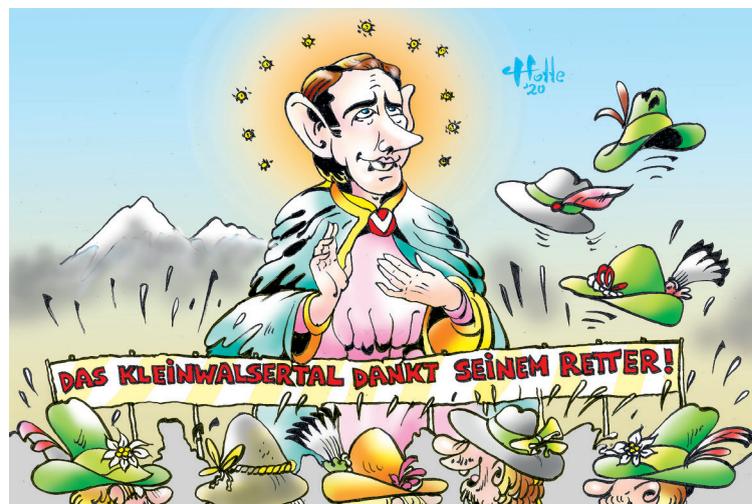
Die von Kurz und Co. verordnete Maskenpflicht sei ein Symbol des Maulkorbs, den die Regierung Kritikern umhänge, bemerkte Kickl. Das sei letztendlich nur ein Marketing-Schmäh der ÖVP, um die Menschen weiter in Angst zu halten und „die Geschichte des Erlösers Sebastian Kurz“ aufrechterhalten zu können. „Wer eine Maske aufsetzen will, kann sie ja aufsetzen, aber weg mit der verpflichtenden ÖVP-Maskerade. Denn jede Menge Experten zweifeln inzwischen an der Sinnhaftigkeit der Maskenpflicht“, betonte der FPÖ-Klubobmann.



Weg mit dem schwarz-grünen Maulkorb endlich mit der Panikmacherei aufzuhören

### Schluss mit der Masken-Schikane

Geradezu schikanöse und absurde Auswüchse nimmt die Maskenpflicht an den Schulen an. Die Kinder müssen sie bis zu dem Zeitpunkt, an dem sie an ihrem Platz sitzen, tragen. Wenn sie kurz auf den Gang oder auf die Toilette gehen, müssen sie eine Maske aufhaben. In der Nachmittagsbetreuung müssen die Kinder die ganze Zeit über eine Maske tragen, weil hier die Verordnung Anschobers über die geschlossenen Räume an öffentlichen Orten greift. „Das ist eine Zumutung für die Eltern, die



SPITZE FEDER Kanzler sein, ist schon längst zu wenig.

**IMPRESSUM** Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:  
Freiheitlicher Parlamentsklub,  
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien  
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen  
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;  
Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer  
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:  
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien  
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9  
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at  
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at  
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;  
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);  
Auslandsjahresbezug: € 73  
BIC: OPSKATWW  
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450  
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.  
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

# Maskenpflicht!

## die Wirtschaft und die Österreicher



bl Norbert Hofer und Herbert Kickl fordern die Bundesregierung auf, jetzt en und das Land mit Vernunft und Augenmaß aus der Krise herauszuführen.

Schüler, aber auch für die Lehrer. Und das alles ohne jedwede wissenschaftlichen Erkenntnisse“, kritisierte Kickl.

Die Schutzmaskenpflicht und die anderen Vorgaben für die Gastronomie kritisierte FPÖ-Wirtschaftssprecher Erwin Angerer: „Aufgrund der teilweise völlig realitätsfernen Einschränkungen der Bundesregierung, die nur ein weltfremder Bürokrat erfunden haben kann, ist zu befürchten, dass der Großteil der Gastronomie-Betriebe die Krise nicht überleben wird.“ Mehr Eigenverantwortung und Ver-

trauen in die Menschen und weniger Bevormundung durch die Regierung – das muss nun das Motto für den Weg aus der Krise sein, forderte Angerer.

Dem schloss sich der FPÖ-Klubobmann an. Es gebe Hygieneregeln wie das regelmäßige Händewaschen und das Abstandhalten. „Die Maske dient jedoch vor allem einem Zweck: Kurz will die Österreicher in Geiselshaft halten, hält er sich doch selbst an keine der von ihm der Bevölkerung aufgezwungenen Schikanen. Heuchlerischer geht es nicht mehr“, bemerkte Kickl.

## KURZ UND BÜNDIG



### Anschobers Versagen

„Die Vorgänge rund um die Wiederausbreitung des Corona-Virus in und um die Bundeshauptstadt Wien bestätigen das Amtsversagen des grünen Gesundheitsministers Rudolf Anschober“, erklärte FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch (Bild): „In einer Sitzung des Sozialausschusses hat Anschober auf unsere Frage, ob bei der Unterbringung von Asylwerbern nicht dringender Handlungsbedarf bestehe, das bereits bekannte Problem kleingeredet. Und er wolle kein Öl in den anstehenden Wien-Wahlkampf gießen.“

### Vertane Chance

„Es wäre zielführender gewesen, das Staatssekretariat für Kunst und Kultur ersatzlos zu streichen“, erklärte FPÖ-Kultursprecher Volker Reifenberger (Bild) zur Bestellung von Andrea Mayer als neue grüne Kunst- und Kulturstaatssekretärin. Mayer sei zwar eine Expertin, sie werde aber von ihrer eigenen Regierung genauso im Stich gelassen werden wie ihre Vorgängerin, bemerkte Reifenberger. Sie werde daher die Versäumnisse von ÖVP und Grünen der letzten Monate nicht mehr korrigieren können.



Foto: Parlamentarier.com/Simonis

### Post-Skandal aufarbeiten

Der Corona-Skandal bei der Post AG ist für FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer ein tiefschwarzes Sittenbild: „Die Post macht Verträge mit Leiharbeitsfirmen und interessiert sich nicht weiter, wer im Sold dieser Firmen steht.“ Man habe es daher mit einem Miss-Management der Post zu tun, betonte Hofer. Diese sei wiederum mehrheitlich im Besitz der Republik Österreich, deren Beteiligung vom ÖVP-Finanzminister verwaltet wird. Hofer fordert jetzt ein Einschreiten des Eigentümers: „Der Personalbedarf sollte durch reguläre Anstellungen ausgeglichen werden und nicht durch Leiharbeiter.“



Foto: NEZ

## SPRUCH DER WOCHE



„Sie mutieren schneller als jedes Virus.“

**Herbert Kickl**  
13. Mai 2020

Der FPÖ-Klubobmann zu den politischen Kehrtwendungen der Grünen in Sachen Datenschutz und Grundrechten bei den Covid-19-Gesetzspaketen.

Foto: NEZ



Foto: BKA/Dragan Tatic

**BILD DER WOCHE** Der Auftritt im Kleinwalsertal war ein Fehltritt in der schwarzen „Corona-Erlöser-Geschichte“ um Kanzler Kurz.

# Zu sehr an die Bürokratie gedacht, aber viel zu wenig an die Unternehmen

**D**er Bundesobmann der Freiheitlichen Wirtschaft (FW) und Wirtschaftskammer-Vizepräsident Matthias Krenn übt scharfe Kritik an den Corona-Maßnahmen sowie an den Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung. Statt die Hilfsmaßnahmen – wie in der Schweiz – den Finanzämtern zu überlassen, hat man neue, zusätzliche bürokratische Hürden für die Wirtschaft errichtet, weshalb die Auszahlung nicht funktioniert.

*Herr Bundesobmann, seit Freitag darf die Gastronomie wieder ihrer Arbeit nachkommen. Haben Sie schon Rückmeldungen, welche Erfahrungen die Wirte mit dem „Corona-Service“ gemacht haben?*

**Krenn:** Sowohl beim Handel, als auch bei der Gastronomie ist der erhoffte Ansturm an den ersten Öffnungstagen ausgeblieben. Viele Konsumenten haben zwar mit höherer Mobilität ihre wiedererlangten Freiheiten genossen, sich aber beim Geldausgeben zurückgehalten. Den Wirten fehlen die Einnahmen des Oster- bzw. Muttertags-geschäftes und vor allem in Wien und den Landeshauptstädten die ausländischen Touristen. Die Einhaltung der Abstands- und MNS-Regelungen sowie Hygienevorschriften werden von den Mitarbeitern und den Gästen umgesetzt und eingehalten, auch wenn sie unnötigen Mehraufwand darstellen.

*Die Hotellerie muss noch zuwarten. Was bedeutet es für einen Hotelier wie Sie, dass Sie drei Monate schließen mussten und erst Ende Mai aufsperrten dürfen?*

**Krenn:** Hoteliers sehen das Hochfahren ihrer Betriebe mit gemischten Gefühlen. Heimische Gäste werden das Fernbleiben ausländischer Touristen kaum kompensieren können. Mit minimalster Auslastung kann ein Hotel nicht in den Vollbetrieb zurück wechseln, ohne noch tiefer in rote Zahlen zu rutschen. Daher braucht es ein maßgeschneidertes Konjunkturpaket, „Österreich-Gutscheine“ als Konsumanreiz und zumindest eine Aufhebung der europäischen Reisebeschränkungen.

*Welche Auswirkungen befürchten Sie durch die Corona-Krise und die „Hilfspakete“ der Bundesregierung für die heimischen Tourismusbetriebe?*

**Krenn:** Grundsätzlich hat man mit den Gesetzen an den Interessen aller Unternehmer vorbei agiert. Die Beibehaltung des Epidemiegesetzes hätte nicht nur alle Verluste abgedeckt, sondern viel Ärger, Bittsteller-Bürokratie, Verordnungs-Wahnsinn und Arbeitsplatzvernichtung erspart. Viele Betriebe haben ihre finanziellen Reserven aufgebraucht, warten vergeblich auf die zugesagten Gelder der Hilfspakete. Generell spüren die Betriebe der Tourismus- und

*„Grundsätzlich hat man mit den Covid-Gesetzen an den Interessen der Gastronomie bzw. aller Unternehmer vorbei agiert.“*

Freizeitwirtschaft die Corona-bedingten Einschränkungen am härtesten, da diese Dienstleistungen nicht ausgelagert werden können. Der Hotellerie fehlen neben den internationalen Gästen die Einnahmen aus dem Seminar- und Konferenzbereich. Die Absagen aller Kulturveranstaltungen wirken sich nicht nur auf die Veranstaltungsbetriebe existenzbedrohend aus, sondern belasten auch Gastronomie- und Hotelbetriebe im Einzugsgebiet. Auf die Nachtlöcher wurde komplett vergessen und für viele Kino-, Kultur- und Freizeitbetriebe sowie Reisebüros und Busunternehmer kommt das Hochfahren erst mit An-

fang September definitiv zu spät.

*Welche Maßnahmen müsste die Bundesregierung aus der Sicht eines Praktikers sofort umsetzen, damit die Tourismuswirtschaft die Durststrecke 2020 einigermaßen heil übersteht?*

**Krenn:** In der Schweiz wurden zur Bewältigung der Corona-Krise binnen 24 Stunden bis zu zehn Prozent des Jahresumsatzes unbürokratisch an die Unternehmer ausbezahlt, und zwar von den Finanzämtern, wo alle Unternehmer-relevanten Daten zusammenlaufen. Wir fordern daher auch in Österreich eine Umstellung auf eine Direktabwicklung durch die Finanzämter, die Neuberechnung mit bereits getätigten Maßnahmen, die sofortige Auszahlung an die Unternehmer und die Verlängerung aller Stundungen bis zum Ende des Jahres. Damit verschafft man den Unternehmern Luft zum Atmen und den Regierungsexperten wertvolle Zeit für die Erarbeitung zielführender Konjunkturmaßnahmen, die bereits mit Anfang Juli in Kraft treten könnten. Wir brauchen rasche Lösungen! Wir Freiheitlichen haben – anders als die Bundesregierung – bereits in der zweiten Schließwoche ein umfassendes „Post-Corona-Konjunkturpaket“ vorgestellt, das, ergänzt mit dem „Österreich-Gutschein“, den Konsum und den Wirtschaftskreislauf ankurbeln soll.



Aufwändige Verpackung, wenig Inhalt

## Vollkommene Mogel-Hilfspakete mit Ge

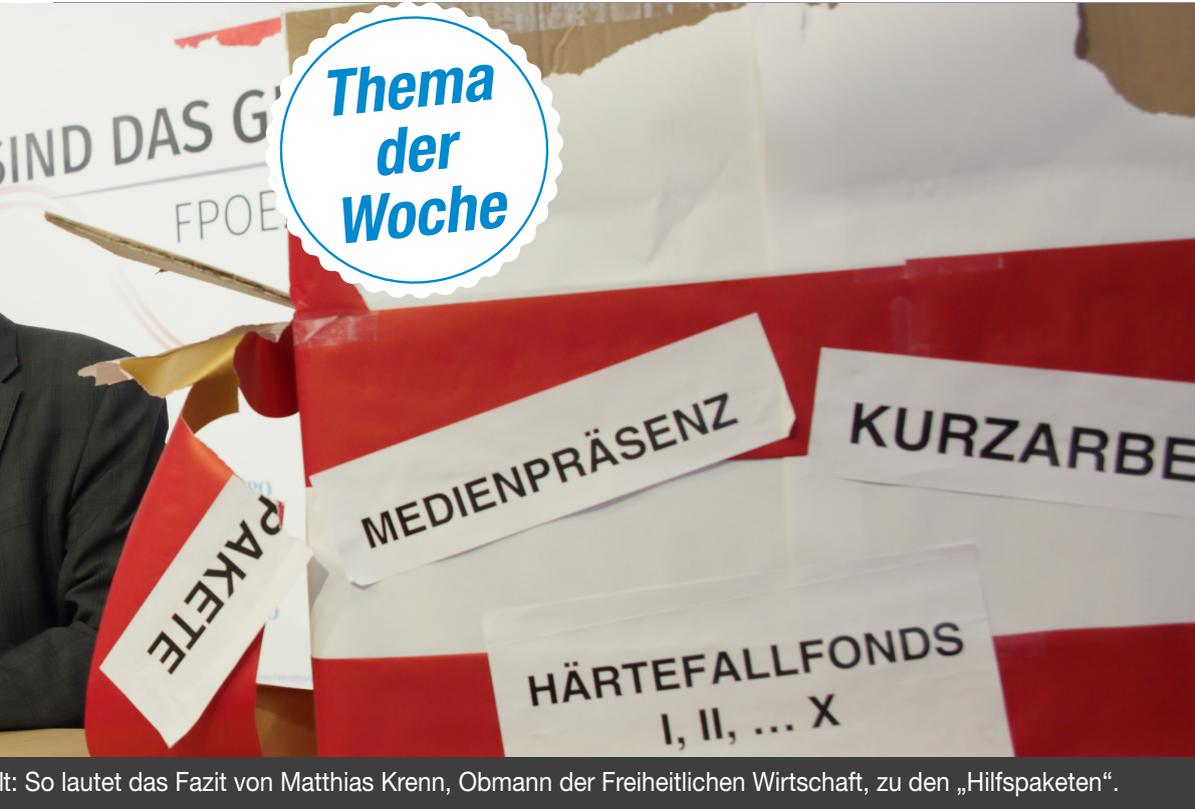
**H**eftige Kritik übte der Bundesobmann der Freiheitlichen Wirtschaft (FW) und Wirtschaftskammer-Vizepräsident Matthias Krenn an den „Hilfspaketen“ und am „Härtefall-Fonds“ der Bundesregierung: „Jeder kennt jetzt bereits jemanden, der noch kein zugesagtes Geld oder Hilfe erhalten hat!“

Die heimische Wirtschaft und ihre Leistungsträger brauchen ein „One-Stop-Shop“-Konjunkturprogramm ohne wirtschaftliche Todsünden, betonte Krenn und forderte: „Werte Regierung, bitte kopiert doch wieder das freiheitliche Wirtschaftsprogramm, aber mit höherer Geschwindigkeit. Jede Verzögerung, Verhinderung sowie Bestrafung würgt den Wirtschaftsmotor noch mehr ab und verhindert Konsum und Wohlstand.“

### Im Herbst droht Insolvenzwellen

Der Corona-„Shutdown“ hat sich zu einer enormen finanziellen Belastungsprobe für die Wirtschaft entwickelt. 90 bis 100 Prozent an Umsatzeinbrüchen zu Beginn der Beschränkungen ließen sich nicht in wenigen Wochen aufholen, betonte der FW-Bundesobmann. Das habe

**Thema  
der  
Woche**



It: So lautet das Fazit von Matthias Krenn, Obmann der Freiheitlichen Wirtschaft, zu den „Hilfspaketen“.

# en absurde Mogelpackung

ldzusagen ohne Ausschüttung, überbordender Bürokratie und Vorschriften

sich beim Handel gezeigt. Auch bei der Gastronomie und der Hotellerie zeichne sich ähnliches ab.

Angetrieben wird das auch durch das Chaos beim Wiederhochfahren der Betriebe: „Knapp elf Tage vor der Wiedereröffnung der Beherbergungsbetriebe erst über ein Hotelpaket nachzudenken zu beginnen, ist eine Verhöhnung aller Hoteliers“, kommentierte FPÖ-Wirtschaftssprecher Erwin Angerer die Aussagen von ÖVP-Tourismusministerin Elisabeth Köstinger.

Zwar habe Köstinger die Stadthotellerie als „größtes Sorgenkind“ erkannt, aber bezeichnenderweise keinen einzigen Lösungsvorschlag für diese Sparte präsentieren können. „Ein ‚Armutszugnis par excellence‘“, empörte sich Angerer, denn gerade der Seminar- und Kongresstourismus sei für diese Hotels enorm wichtig. Ohne klare Regelungen werden zahlreiche Hotels noch tiefer in die Krise stürzen.

Selbst das Modell Kurzarbeit habe sich als Mogelpackung für die Betriebe herausgestellt. Denn ausbezahlt wurde bis dato, wenn überhaupt, fast nichts. Zudem gilt für das Urlaubsgeld die ungekürzte Zahlung wie vor der Vereinbarung, berichtete Krenn: „Und wuss-

ten Sie, dass das AMS 40 Jahre Zeit hat, die Anträge zu überprüfen und Beihilfen zurückzufordern?“

Das Fazit der Freiheitlichen Wirtschaft: Kurzarbeit macht Sinn, sie muss aber massiv entbürokratisiert werden. Die Gelder müssen rascher in den Betrieben ankommen, damit die Liquidität nicht noch mehr gefährdet wird.

## Verhöhnung der Wirtschaft

Egal ob „Härtefall-Fonds 1“, „Härtefall-Fonds 2“, ÖHT, AWS, „Start-up-Geld“, EPU-Paket oder „Wirte-Paket“ – alle Zahlungen und Maßnahmen decken niemals



Angerer: ÖVP ohne jeden Plan.

das ab, was die Betriebe durch die Schließungen an Einnahmen verloren haben und dazwischen an Fixkosten angelaufen sind, betonte der FW-Obmann.

Ein gutes Krisenmanagement zeichne sich durch das Setzen von notwendigen Maßnahmen zum richtigen Zeitpunkt aus. „Kritisch wird es, wenn Entscheidungsträger aus Eigennutz medialen ‚Krisenkult‘ betreiben, dabei den Wendepunkt der Schadensbegrenzung verschlafen sowie irrationale und halb fertige Lösungen anbieten“, kritisierte Krenn die schwarz-grüne Koalition.

Als notwendige Sofortmaßnahmen nannte Krenn die Verlagerung der Entscheidungsgewalt zurück an die Unternehmer, eine einzige Verordnung zur Einhaltung aller gesundheitsrelevanten Sicherheitsvorschriften, die Schaffung von Rechtssicherheit und Beschleunigung der Abwicklung der Kurzarbeit, die Schaffung von echter Liquidität und Ausweitung der Fristen für Stundungen sowie faire Steuern und Ermöglichung eines Verlustrücktrages und die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit: „Legen Sie die ‚Erlöser-Rolle‘ ab, tun Sie endlich was G’scheites für die Betriebe, Herr Bundeskanzler!“



POLITIK  
ANALYSIERT

Gerald Hauser  
FPÖ-Tourismussprecher

Liebe Koalition, nachdem Wirtschaft nicht Euer Fach ist, hier unsere Vorschläge für die Tourismusbetriebe zum Kopieren:

Wir brauchen eine Post-Corona-Kurzarbeit und eine Verlängerung des Programms zur Anpassung an die tatsächliche Krisendauer.

## So geht echte Hilfe!

Die Personalverrechnung ist schwer durchschaubar und unflexibel und daher zu reformieren. Der Staat holt sich zu viel vom Bruttolohn, die Mitarbeiter verdienen zu wenig, aber die Betriebe müssen zu viel bezahlen.

Wir benötigen ein flexibles und praxisgerechtes Aushilfen-Modell mit einer pauschalierten Dienstgeberabgabe von 25 Prozent.

Eine Betriebsaufgabe ist oft mit hohen steuerlichen Belastungen verbunden. Zur notwendigen Strukturbereinigung ist eine steuerfreie Betriebsaufgabe bis 31.12.2022 zu ermöglichen.

Die geringe Eigenkapitalquote hat sich durch die Krise verschärft. Daher sollte das Vermögen bis Ende 2022 begünstigt mit dem Viertel-Steuersatz aufgewertet werden und die Bilanzen das echte Eigenkapital aufweisen.

Zur Stärkung des sinkenden Eigenkapitals sollten Unternehmen dieses steuerfrei auffüllen und die heurigen Verluste mit künftigen Gewinnen gegenrechnen können.

Die Fixkostenzuschüsse aus dem Hilfsfonds gehen an der wirtschaftlichen Realität weit vorbei. Das muss verbessert werden!

Für 2022 sollte ein Investitionsfreibetrag auf Anschaffungs- und Herstellungskosten in Höhe von 25 Prozent eingeführt werden, um dringende Investitionen zu ermöglichen.



HOHES  
HAUS

Norbert Nemeth  
Clubdirektor der FPÖ

Der Rücktritt der Staatssekretärin für Kunst und Kultur ist bemerkenswert. Zu Neujahr wurde der Koalitionsvertrag zwischen ÖVP und Grünen vereinbart, mit einer überraschenden Ressortverteilung: Nicht der Finanzexperte und Koalitionsverhandler Josef Meichenitsch wurde Staatssekretär für Finanzen, sondern Ulrike Lunacek für Kunst und Kultur.

## Lunacek für die Wurst

Dass ein Staatssekretär im Finanzministerium dem kleineren Koalitionspartner mehr bringt, weiß jeder Zeitungsleser, spätestens seit der Corona-Krise, in der ein Gutteil des Budgets vom Finanzministerium per Ermächtigungen verteilt wird.

Es stellt sich die Frage nach dem Grund dieser absurden Personalentscheidung: Es war die Quote. Der Lunacek-Rücktritt sollte daher Anlass sein, deren Zweckmäßigkeit zu hinterfragen. Schließlich ist es die Aufgabe jeder Regierung, den Staat bestmöglich zu verwalten. Das setzt die besten Leute – ungeachtet ihres Geschlechtes – voraus. Eine Partei, die aus einer utopischen Motivation heraus darauf verzichtet, ist nicht regierungsfähig.

Der Lunacek-Rücktritt ist aber auch aus einem anderen Blickwinkel beachtlich. Sie war viele Jahre lang Mitglied des EU-Establishments, sogar Vizepräsidentin des EU-Parlaments. Nach ihrem Scheitern im kleinen Österreich mit dem bescheidenen Ressort Kunst und Kultur drängt sich die Frage auf, was man eigentlich können muss, um auf EU-Ebene ganz vorne dabei zu sein. Anscheinend gar nichts. Ein medienwirksamer Auftritt mit Conchita Wurst scheint genügt zu haben.

## EUROPAPOLITIK

### Geld für den ESM

Der Nationalrat hat vergangene Woche gegen die Stimmen der Freiheitlichen seine Zustimmung zu Finanzhilfen im Rahmen des ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) gegeben. Konkret wurde dem österreichischen Vertreter im Gouverneursrat des ESM die Ermächtigung erteilt, einem Beschluss zuzustimmen, den Mitgliedsstaaten im Rahmen des „Pandemic Crisis Support“ Finanzhilfen zur Bekämpfung der Corona-Krise zu gewähren.



## AUSSENPOLITIK

### Teilnahme an EU-Aktion

Der Hauptausschuss genehmigte vergangenen Montag die Teilnahme von bis zu 15 Bundesheersoldaten für die Militäroperation IRINI der Europäischen Union im Mittelmeer. Die EU-Mission soll das gegen Libyen verhängte Waffenembargo überwachen, aber keine „Seenot-Rettungen“ durchführen.

# Schwarz-Grün gibt sich weiter lernresistent

## Keine Berücksichtigung der Oppositionskritik bei Corona-Gesetzen

Ungeachtet der Kritik von FPÖ und SPÖ wischten die Koalitionsparteien samt den Neos im Nationalrat die Einwände des Bundesrats gegen die Covid-19-Gesetze beiseite.

Die vier vom Bundesrat am 4. Mai beeinspruchten Covid-19-Gesetze können nun doch in Kraft treten. Der Nationalrat verwarf letzte Woche mit entsprechenden Beharrungsbeschlüssen die Einwände der Länderkammer und brachte damit die von der Opposition heftig kritisierten Materien unter Dach und Fach.

Konkret handelt es sich dabei um die Novellen zum Epidemiegesetz, zum Freiwilligengesetz sowie zum Finanz- und Steuerpaket und den rechtlichen Grundlagen für das



Ungerührt von jeder Kritik peitschte die Koalition ihre Gesetze durch.

Wiederhochfahren des Behördenbetriebs.

Keine Mehrheit erhielt der Vorstoß von FPÖ und SPÖ nach Abarberufung der Kanzlerberaterin

und Leiterin der Stabstelle für Strategie, Analyse und Planung im Bundeskanzleramt, Antonella Mei-Pochtler, nach ihren demokratiefreundlichen Äußerungen.

# ÖVP manipuliert ganz offen die Justiz

Die jüngsten Enthüllungen des Nachrichtenmagazins „profil“, wonach der Sektionschef im Justizministerium, Christian Pilnacek, per



E-Mail dem Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien fehlenden „Flankenschutz“ in seinem Feldzug gegen die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft vorwarf, müssen Folgen nach sich ziehen, forderte FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl.

„Damit ist ein neuer Tiefpunkt in der österreichischen Rechts- und Justizgeschichte erreicht, wenn der Leiter der obersten Strafrechtsbehörde mit einem der obersten Beamten im Justizbereich gemeinsam gegen eine ihnen unterstellte und weisungsgebundene Strafverfolgungsbehörde vorgehen“, empörte sich der FPÖ-Klubchef.

Der dringende Handlungsbedarf werde offensichtlich, wenn man sich die Abfolge der Ereignisse ansehe, erklärte Kickl. Der Abkanzlerung aus den eigenen Reihen folgte nämlich ein persönlicher Angriff des Bundeskanzlers Sebastian Kurz gegen die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft: „Da erscheint manches plötzlich in einem ganz neuen, anderen Licht, und es erhärten sich einmal mehr Hinweise, dass Pilnacek der Exekutor schwarzer parteipolitischer Wünsche an die Justiz war, die offensichtlich die ÖVP-Spitze inklusive Kanzler selbst geäußert haben.“

# Nehammer-Mitarbeiterin wirft das Handtuch

Erhielt Geld vom Novomatic-Gründer, hatte laut BMI aber keinen Kontakt zur „SOKO Tape“

**E**ine enge Mitarbeiterin von Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) war unter den Empfängern großer Geldgeschenke, die Novomatic-Gründer Johann Graf zu verteilen beliebt. Nach einer FPÖ-Anfrage hat sie ihren Job im Kabinett des BMI aufgegeben.

Die Zeitung „Der Standard“ hatte zunächst über den Geldregen berichtet, der vom milliardenschweren Konto Grafs über zahlreiche seiner Freunde und Verwandten hereinprasselte. 36 Millionen Euro soll Graf verschenkt haben. Auch an eine mit ihm verwandte Frau, die zuletzt in Karl Nehammers persönlichem Team im Innenministerium gearbeitet hat. Pikant: Sie ist nicht nur mit Graf verwandt, ihr Ehemann sitzt zudem im Aufsichtsrat des Glücksspielkonzerns.

traggebern ermittelt, aber es wird auch den Behauptungen nachgegangen, die Strache aufstellte. Und da fiel aus seinem Mund, bezogen auf Parteispenden, der Satz: „Novomatic zahlt alle.“ Der Konzern war überdies ein wesentlicher Akteur bei der Bestellung des Vorstands der Casinos Austria AG, die ein wesentliches Interesse des am 4. Juni mit den Befragungen beginnenden parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist.

## Kabinett als Info-Drehscheibe

Wer im Kabinett des Ministers sitzt, der erhält in einem Ministerium üblicherweise alle Auskünfte, die er haben will. „Hatte die Mitarbeiterin Kontakt zur SOKO Tape“, wollte daher der freiheitliche Fraktionsobmann im Untersuchungsausschuss, Christian Hafenecker, von Nehammer wissen. Der legt für sie die Hand ins Feuer: „Es kann ausgeschlossen werden, dass sie mit laufenden Ermittlungen zu diesem Thema in Berührung gekommen ist.“



Christian Hafenecker leitet das freiheitliche Team im U-Ausschuss.

Aufgefallen ist die brisante Verwandtschaft aber nicht einmal bei einer Sicherheitsüberprüfung. Den-

noch stellt Nehammer biografische Bezüge und sogar Kontakte weiterer Kabinettsmitarbeiter zu Novomatic vehement in Abrede.

Die beschenkte Mitarbeiterin – sie war ursprünglich Richterin – hat ihren Job mittlerweile aufgegeben – „um ihre Familie zu schützen“, wie Nehammer behauptet.

## Novomatic und die SOKO Tape

Und da wird es spannend, denn immerhin untersucht seit einem Jahr eine eigens eingesetzte Sonderkommission („SOKO Tape“) die Ereignisse rund um das sogenannte Ibiza-Video. Dabei wird nach den Drahtziehern und Auf-



## Politische Bildung aktuell

Partei  Parlament  Publikationen  Seminare  Veranstaltungen

## Die Organisation der FPÖ – ein Überblick

In unserer neuen Serie untersuchen wir die inneren Strukturen der im Jahr 1956 gegründeten Partei. Im Detail beleuchten wir die Bundespartei, die neun Landesparteien, die politischen Vorfelder sowie die FPÖ als Teil der Gesetzgebung.

## Der Freiheitliche Parlamentsklub – Teil I: Der Nationalrat

Das österreichische Parlament besteht aus zwei Kammern: dem Nationalrat sowie dem Bundesrat als parlamentarische Vertretung der Bundesländer. Beide sind gemeinsam für die Gesetzgebung des Bundes zuständig. Aus diesem Grund setzt sich auch der freiheitliche Klub aus einer Nationalrats- und einer Bundesratsfraktion zusammen.

Die zentrale Aufgabe des Nationalrates ist die Einbringung, Vorbera- tung und Beschlussfassung von Gesetzen sowie die Kontrolle der Bundesregierung. Von den insgesamt 183 Abgeordneten zum Nationalrat, die bei der Natio-

nalratswahl derzeit für eine fünfjährige Gesetzgebungsperiode gewählt werden, stellt die FPÖ derzeit 30 Mandatäre. Geleitet wird die Fraktion der FPÖ im Nationalrat von einem Klubobmann.

Der Klubstatus der FPÖ rührt daher, dass sich laut Gesetz mindestens fünf Abgeordnete bezüglich ihrer Aufgaben zu einem parlamentarischen Klub zusammenschließen können. Von dieser Klubstärke hängen auch einige parlamentarische Rechte wie etwa das Verlangen nach einer Dringlichen Anfrage ab. Ein Grundprinzip beim Freiheitlichen Parlamentsklub ist das freie Mandat. Das

heißt, dass Abgeordnete bei ihrer Tätigkeit an keinen Auftrag vonseiten des Klubs gebunden sind. Zudem werden die Zuständigkeiten der Abgeordneten für die einzelnen Politikfelder aufgeteilt und dabei bei der FPÖ einem Bereichssprecher übertragen. Prominente Beispiele dafür sind Arbeit und Soziales, Budget, Familie oder Wirtschaft. Die Bereichssprecher sowie weitere Abgeordnete der freiheitlichen Fraktion im Nationalrat vertreten die Interessen ihrer Wähler auch in den parlamentarischen Ausschüssen, in denen die vertiefenden Diskussionen über aktuelle Gesetzesmaterien stattfinden.



Herbert Kickl  
Klubobmann

FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.

fbi-politikschule.at



Harald Vilimsky

## Merkel und Macron wollen 500 Milliarden

500 Milliarden Euro: Soviel soll die EU an Schulden aufnehmen und das Geld über ein aufgeblähtes EU-Budget als nicht rückzahlbaren Zuschuss verteilen – an die Schuldnerländer, die seit Jahren ihre Budgets nicht im Griff haben. So stellen sich Deutschlands Kanzlerin Merkel und Frankreichs Präsident Macron vor, die mit diesem überraschenden Alleingang vorgeschrieben sind.

Das ist aus mehreren Gründen problematisch: Die EU würde damit ihre eigenen Regeln bre-

chen und sich erstmals verschulden – und das gleich im großen Stil. Die Hilfen würden an Länder wie Italien, Spanien oder Frankreich (die Verteilungskriterien sind noch unklar) als Zuschüsse statt als Kredite vergeben. Aber natürlich muss die EU das aufgenommene Geld zurückzahlen. Das soll über künftige erhöhte EU-Beiträge erfolgen. Was heißt: Die Rechnung der Schuldnerstaaten zahlen die Steuerzahler in Deutschland oder Österreich.

Die Brüsseler Verteilungsbürokratie würde aufgeblasen – die EU-Zentralisten würden endlich ihr lange erhofftes Mega-Budget erhalten. Außerdem soll durch die Abwicklung über das EU-Budget auch die EU-Politik angeschoben werden, die mit Corona nichts zu tun hat – wie etwa der „Green Deal“, das Lieblingsprojekt von Kommissionschefin von der Leyen. Nur gut, dass Merkel und Macrons Vorhaben von allen 27 EU-Mitgliedern einstimmig abgesegnet werden muss.

## Ende der Einwanderung in den Sozialstaat

Knapp dreieinhalb Monate nach dem „Brexit“ hat das britische Parlament das Gesetz zur Beendigung der Freizügigkeit für europäische Arbeitskräfte verabschiedet. Der Gesetzesentwurf wurde am vergangenen Montag mit den Stimmen der konservativen Mehrheit gebilligt: 351 Abgeordnete stimmten dafür, 252 dagegen.

Das Gesetz sieht vor, dass ab Jänner 2021 Arbeitskräfte aus der EU sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz nicht mehr freien Zugang zum britischen Arbeitsmarkt haben. Bis Jahresende läuft noch eine Übergangsphase, in der das Land noch auf dem EU-Binnenmarkt und in der Zollunion bleibt. Die EU-Regeln gelten bis dahin weiter.

Welche Kriterien ab dem 1. Jänner 2021 für die Einwanderung europäischer Arbeitskräfte nach Großbritannien gelten werden, sind in dem Gesetzesentwurf noch nicht festgelegt worden. Die Regierung von Premierminister Boris John-

son hatte jedoch bereits im Februar ein Punktesystem – ähnlich dem der USA – präsentiert, das Arbeitskräften mit besonderen Qualifikationen den Vorzug geben wird und die Einwanderung ins soziale Netz verhindern soll.

Innenministerin Priti Patel erklärte, dass das neue Einwanderungssystem „tragfähiger, fairer und einfacher“ sein werde. Es soll bereits eine Rolle zur Stärkung der britischen Wirtschaft nach der Corona-Pandemie spielen.



Johnson will Einwanderung regeln.

# Muss die „Corona-nächsten Vertrags-

Macron und Merkel wollen der Kommission das S



„Europa muss gemeinsam handeln, der Nationalstaat hat keine Zukunft.“ – Vorschlag mit Emmanuel Macron aufgedeckt: Brüssel soll DAS Machtzentrum

**N**och einmal konnte die Handvoll Nettozahler am dienstägigen EU-Gipfel einen Vorstoß von Frankreich und Deutschland zu einer Vergemeinschaftung der Staatsschulden abwehren. Aber die Initiatoren, die EU-Kommission und die profitierenden Schuldenstaaten, geben sich nicht geschlagen und wollen weiter verhandeln.

Keine Einigung gab es am dienstägigen Video-Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU zu einem „Fonds zur wirtschaftlichen Erholung“ von 500 Milliarden Euro. Damit sollen die 540 Milliarden aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus aufgestockt werden, um die Folgen der Corona-Bekämpfungsmaßnahmen abzufedern und die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.

Vorausgegangen war der Sitzung ein überraschender Vorstoß der deutsch-französischen Achse – Frankreich gibt vor, Deutschland zahlt – Emmanuel Macron und Angela Merkel.

### Nächster Bruch der EU-Verträge

Wie schon zur „Euro-Rettung“ sollten auch für die Bewältigung der von den Regierungen verursachten Schäden in der „Corona-Krise“ geltende EU-Verträge kein Hindernis darstellen. Denn laut diesen ist es der Kommission untersagt, Schulden zu machen, da dies nichts anderes als eine Vergemeinschaftung der Schulden über

das EU-Budget darstellen würde.

Denn bei den 500 Milliarden Euro aus dem Macron-Merkel-Geschenktopf handelt es sich um Zuschüsse. Diese sollen durch Kreditaufnahmen der Kommission finanziert und von den europäischen Steuerzahlern dann zurückgezahlt werden. Denn die Kosten der Kreditrückzahlung werden



Befürworter der Schulden-Union: Kom (mehr Macht) und Italiens Regierungschef

# Krise“ für den bruch erhalten?

Schuldenmachen in großem Stil erlauben



Mit diesem Satz hat Angela Merkel das Ziel hinter dem gemeinsamen um werden, und das geht am effizientesten über das Geld, siehe Euro.

anteilmäßig auf das EU-Budget draufgeschlagen, womit die Nettoszahler einmal mehr zum Handkuss kommen.

## Zuviel Macht für Brüssel

Das kritisierte auch der freiheitliche Delegationsführer im Europaparlament, Harald Vilimsky, scharf: „Das bedeutet nichts anderes als eine gigantische Transfersumme an Schuldnerländer wie Italien, Spanien oder Frankreich – mit dem Risiko, dass dort das Geld einfach zum Stopfen der Budgetlöcher verwendet wird.“



kommissionschefin Ursula von der Leyen  
chef Giuseppe Conte (mehr Geld).

In Summe würde damit die Macht der Eurokraten in Brüssel gefestigt, warnt Vilimsky. „Hier wird die Corona-Krise dazu instrumentalisiert, um die zentralistische Brüsseler Agenda voranzubringen. Nicht umsonst hat Merkel bei der Präsentation ja gesagt, Europa müsse gemeinsam handeln, der Nationalstaat habe keine Zukunft.“

Auf Widerstand stieß das Vorhaben bei den „sparsamen Vier“: Österreich, Niederlande, Dänemark und Schweden. „Unsere Position bleibt unverändert, Wir sind bereit, den am stärksten betroffenen Ländern mit Krediten zu helfen“, schrieb Kanzler Sebastian Kurz auf dem Kurznachrichtendienst Twitter. Nicht rückzahlbare Zuschüsse könne es nicht geben, wehrten sich die vier Länder gegen die Schulden-Umverteilungsaktion.

Unterstützung für Berlin und Paris kam von der EU-Kommission wie auch von Portugals Finanzminister Mario Centeno. Er forderte seine EU-Kollegen auf, sich durch den französisch-deutschen Vorschlag „inspirieren zu lassen“. Dafür sprachen sich auch die bereits hoch verschuldeten Länder Italien und Spanien aus, die für den Weg aus der Krise wenig Haushaltsspielräume zur Unterstützung ihrer Wirtschaft haben.

## KURZ UND BÜNDIG

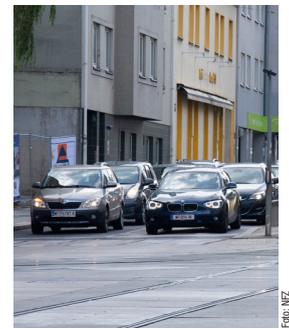


### Macron ohne Mehrheit

In Europa hui, in Frankreich pfui. Die Macht des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron zerbröckelt im eigenen Land. Durch die Abspaltung einer neuen Fraktion aus seiner „La République en Marche“ (LREM) hat Macron die absolute Stimmenmehrheit in der französischen Nationalversammlung verloren. Der neu gegründeten Fraktion „Ecologie Democratie Solidarite“ (Ökologie Demokratie Solidarität) schlossen sich insgesamt 17 Abgeordnete an, darunter sieben aus Macrons Partei. Die LREM hat jetzt nur noch 288 Mandate im Parlament – die absolute Mehrheit liegt bei 289 Mandaten.

### Autohersteller in der Krise

In der Coronavirus-Krise ist der Automarkt in der Europäischen Union fast zum Erliegen gekommen. Im vergangenen April wurden gerade einmal rund 271.000 Neuwagen zugelassen, 76 Prozent weniger als vor einem Jahr. Das gab der europäische Herstellerverband ACEA am Dienstag in Brüssel bekannt. Am stärksten brach der Absatz in Italien und Spanien mit rund 97 Prozent ein, in Frankreich fielen die Neuzulassungen um 88,8 Prozent und in Deutschland um 61 Prozent. Seit Jahresbeginn gab die Pkw-Nachfrage in der EU um fast 40 Prozent auf 2,75 Millionen Fahrzeuge nach.



## USA fordern einschneidende Reformen in der WHO

US-Präsident Donald Trump hat den Druck auf die seiner Meinung nach „China-hörigen“ Weltgesundheitsorganisation (WHO) erhöht und im Falle einer Ablehnung dringender notwendiger Reformen sogar mit dem Austritt der USA gedroht.

Sollte sich die WHO innerhalb der kommenden 30 Tage nicht zu „wesentlichen Verbesserungen“ verpflichten, werde Washington alle Zahlungen (rund 400 Millionen US-Dollar pro Jahr) an die Organisation einstellen und die Mitgliedschaft in der Organisation überdenken.

Er macht die Organisation und ihren Chef, den äthiopischen Kommunisten Tedros Adhanom Ghebreyesus, für die Ausbreitung des Virus und die hohe Todeszahl mitverantwortlich. Er bezeichnete die in Genf ansässige UN-Sonderorganisation als „Marionette“ Chinas. Denn obwohl seit Dezember 2019 das Virus bereits in der Provinz Wuhan gewütet hat, habe die Organisation bis Ende Jänner 2020 zu-

gewartet, Covid-19 zur Pandemie zu erklären und Gegenmaßnahmen zu empfehlen. Ja die WHO habe sogar das Ende Jänner erlassene Einreiseverbot für Chinesen in die USA kritisiert.

„China war alles andere als transparent“, kritisierte Trump in seinem Brief an den WHO-Chef die chinesische Zensur in Sachen Corona-Virus und das zögerliche Vorgehen der WHO. Diese habe erst reagiert, als in Europa die ersten Corona-Fälle aufgetaucht seien.



Trump will WHO reformieren.

## Wahnsinn ohne Methode

„Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode“, lässt Shakespeare den Polonius in seinem Hamlet sagen. Bei Corona ist es umgekehrt. Wie in einer Diktatur wurde die Freiheit der Bürger beschnitten: keine Besuchsmöglichkeiten, kein Ausgang, keine Familienzusammenkünfte etc.. In Österreich starben etwas mehr als 600 Leute – traurig genug. Aber keiner weiß, ob sie nur mit Corona infiziert waren, oder ob sie an Corona starben. Wie kann eine Regierung die Verantwortung übernehmen, durch weitaus überzogene Maßnahmen hundertausende Existenzen zu zerstören und in die Armut zu schicken? Wie kann es sein, dass zwar ein riesiges Hilfspaket (insgesamt dürften es mehr als 40 Milliarden Euro werden) angekündigt wird, dass es aber, wenn überhaupt, viel zu lange dauert, bis die Betriebe das Geld kriegen? Es wird wohl nicht Absicht sein, so spät auszu zahlen, dass kleinere Betriebe inzwischen in Konkurs gehen? Anscheinend weiß das die Regierung nicht, sonst würden nicht völlig unübersichtliche Maßnahmen verfügt werden. Schmerzlich vermisst man Unternehmer in der Regierung, die wissen, warum es geht. Man will für die Gasthäuser 400 Millionen Euro ausschütten. Nun gibt es in Österreich rund 60.000 bis 70.000 Tourismusbetriebe. Dividiert man die Hilfssumme durch die Zahl der Betriebe, kommen in etwa 6.000,00 Euro pro Betrieb heraus. Sicherlich besser als ein feuchter Händedruck, aber natürlich für große Hotels ein Klacks und nicht mehr. Sebastian Kurz hat als Regierungschef die Verantwortung für das Desaster. Er ist verantwortlich, dass in einem Wirbel von einander widersprechenden Verordnungen die Verfassung ausgehebelt wird. Da die ÖVP keine Wirtschaftspartei mehr ist, wird es wohl die Aufgabe der Opposition, und da besonders der FPÖ, sein, Österreich neu aufzubauen.

**Norbert van Handel, Steinerkirchen/Traun**

## TERMINE

### Info der Redaktion

Aufgrund der aktuellen Lage rund um das Corona-Virus und der damit verbundenen Einschränkungen wird die Redaktion bis auf weiteres keine Termine veröffentlichen. Wir bitten um Verständnis.

# LESER AM WORT



## Steuergeld-Verprasser

Man muss es sich auf der Zunge zergehen lassen! 40 Millionen Euro soll der Wählerkauf von Wiens SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig mit Gutscheinen für mehr als 900.000 Haushalte kosten. Wählerkauf als letzter absoluter intellektueller Höhepunkt der einfalllosen Prasser der SPÖ, die nun mit Gutscheinen die Gastronomie fördern wollen, die sie doch eigenhändig vor Corona schon ruiniert haben. So prasselt eine SPÖ, die selbst ziemlich pleite ist, nun mit Steuergeldern, finanziert sich schmierig mit Steuergeld den Wahlkampf und tarnt diese versteckten Wahlkampfausgaben mit scheinbarer Wohltätigkeit für die Bürger!

**Armin Schütz, Wien**



## Meinungsdiktatur

Wenn ich meinen Fernseher einschalte, lachen mir Gesichter entgegen, die mich bewusst belügen. Das selbige ist im Radio zu hören. Bitte, verstehen diese Menschen

nicht, dass die gesamte Wirtschaft an die Wand gefahren wurde, trotz der großzügig angekündigten Abgeltungen. Woher kommt das Geld? Vom Steuerzahler! Unsere schwarz-grüne Regierung weiß nicht mehr, was sie tut. Oder vielleicht doch, nämlich die Verarmung der Bevölkerung betreiben?

**Klaus Weiß, Eferding**

## Bildungsmilliarde

Die SPÖ hat mit ihren zahllosen Experimenten und Reformen das Bildungswesen in den Sand gesetzt. Anspruch, statt Leistung. Grenzlose Nachsicht, statt Pflicht. Keine Strafen, kein Leistungsdruck und Anpassung an die Schüler, die als Analphabeten aus der 3. Welt zu uns kommen – statt die Migranten zu fördern. Jetzt fordert die SPÖ eine „Bildungsmilliarde“. Wofür? Was wir brauchen, ist ein Storno der Reformen der letzten Jahrzehnte, ein „Reset“ auf das Niveau der 60er und 70er-Jahre, wo Leistung, Fleiß und Bildung noch keine „Schimpfwörter“ waren. Das würde mehr bringen als fünf Bildungsmilliarden, die bei uns ohnehin im Sand versickern – und dazu noch „gratis“.

**Stephan Pestitschek, Strasshof**

## Kein Service mehr

Eine Aufgabe der Medien ist es, Missstände aufzudecken. Vor diesem Hintergrund ist es verwun-

derlich, dass das Kommunikationsproblem mit Servicestellen von Versicherungen, Banken und anderen Institutionen noch nicht aufgegriffen wurde. Früher hat man angerufen und konnte das Problem mit einem Menschen besprechen und lösen. Heute erreicht man zu meist einen Computer und kann dann nur per Smartphone den Anweisungen mit Zifferneingabe folgen. Will sich niemand dieses Problems annehmen?

**Jürgen Jauch, Linz**



## Schutzmaskerade

Der Einzelhandel ist zu bedauern. Durch die Schutzmaskenpflicht und Begrenzung der Kundenzahl im Laden hält sich die Lust zum Shoppen in Grenzen. Die Schutzmaske ist einfach nur lästig und bietet einen geringen Schutz. Wenn man die Maskenpflicht und andere Vorschriften nicht einstellt, wird man den Einzelhandel ruinieren. Den Onlinehandel wird es freuen, denn einkaufen übers Internet ist bequemer.

**Ernst Pitlik, Wien**

Leserbriefe: [redaktion.nfz@fpoe.at](mailto:redaktion.nfz@fpoe.at)

Neue  
**Freie**  
Zeitung

## BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien  
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9  
E-Mail: [jana.feilmayr@fpoe.at](mailto:jana.feilmayr@fpoe.at)

**Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):**

- Halbjahrespreis € 15,-       Jahrespreis € 30,-       Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-  
 Auslandsjahresbezug € 73,-       Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450  
Bestellungen auch per E-Mail: [jana.feilmayr@fpoe.at](mailto:jana.feilmayr@fpoe.at)

Name: \_\_\_\_\_ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe\*: \_\_\_\_\_  
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: \_\_\_\_\_  
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: \_\_\_\_\_ Geburtsdatum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt\*\*.

\* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

\*\* Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



# SPÖ-Skandal zu Erdberger „Corona-Asylanten“

## FPÖ bringt Misstrauensantrag gegen Gesundheitsstadtrat Hacker ein

**D**er Wiener FPÖ-Chef Dominik Nepp fordert eine sofortige Aufklärung der Vorgänge rund um die Corona-Asylanten aus dem Haus Erdberg, die weitere Personen in zwei Postverteilzentren und in einem Wiener Kindergarten angesteckt haben.

Die Masseninfektion in den beiden Post-Verteilzentren Inzersdorf und Hagenbrunn sowie einer Kindergartenbetreuerin in Wien-Liesing hatte ihren Ausgang im Asylquartier Erdberg. Die großteils Somalier wurden an die Post von zwei Leiharbeitsfirmen vermittelt und stammen zum größten Teil aus zwei großen Wiener Asylheimen im 3. und 17. Bezirk.

Ein Teil dieser Asylwerber ist aus dem Quarantänezentrum in der Messe Wien geflohen, nachdem das Betreuungspersonal gewaltsam bedroht worden war, was Gesundheitsstadtrat Peter Hacker ge-



Nepp kritisiert Gemeingefährdung der SPÖ durch Verschweigen.

leugnet hat. Diese Asylwerber sind danach untergetaucht und dann von „ihren“ Logistikfirmen in Bussen zur Arbeit in die Post-Logistikzentren gefahren worden. Dort haben sie dann flächendeckend zahlreiche andere Mitarbeiter angesteckt.

### FPÖ-Warnung zu Erdberg

„Trotz meiner Warnungen vor 14 Tagen haben SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig und Gesundheits-

stadtrat Peter Hacker gelogen, dass sich die Balken biegen und sind damit zu Lebensgefährdern der Wiener geworden. Dieser SPÖ-Vertuschungs-Skandal muss und wird politische Konsequenzen haben“, forderte Nepp. Die Verfehlungen von Hacker seit Beginn der Coronavirus-Krise seien evident. Daher werde die FPÖ in der kommenden Sitzung des Gemeinderates einen Misstrauensantrag einbringen.

## WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Ich hoffe, sie wird kommen, die Zeit „nach Corona“.

### Nachher

Zwar hat mir bei der Eröffnung eines Praterlokals ein Herr, der nach meiner Zählung schon vier Budweiser getankt hatte, folgende Frohbotschaft berichtet: „Das wird eine Zeit sein, in der wir fröhlich beieinander sitzen und uns gegenseitig erzählen, was das für tolle Tage während der Corona-Krise vor zwölf Jahren waren...“, aber so lang wird's doch nicht dauern?

Was ich mir allerdings vorstellen kann, ist, dass in Zukunft Firmenchefs genau aufs Matura-Datum von Bewerbern schauen werden. Ist's gar einer mit der nachsichtig benoteten Reifeprüfung aus dem Jahr 2020? Na den lieber nicht...

Auch unser aller Bundeskanzler hat ja bei seinem Bad in der Kleinwalsertal-Menge Nachsicht walten lassen, hat auf das Elefantensbaby verzichtet und sich demaskiert. Ein Flitzer...

So viel Toleranz war ja in jener dann lang zurückliegenden Covid-Zeit Geschäftsleuten und Künstlern nicht vergönnt. Und das Exempel, das man an Frau Lunacek statuiert und bei dem man Herrn Kogler total vergessen hat, war bestimmt nicht gar so schmerzhaft. Vielleicht weiß man beim Erscheinen dieser Zeilen schon, wohin sie weich gefallen ist.

## FPÖ: 70 Millionen Euro für den Sport

Damit die 1.400 Sportvereine in Wien nicht länger in der Luft hängen, fordert die Wiener FPÖ eine sofortige Geldspritze. Insgesamt sieben diesbezügliche Forderungen haben FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp und der freiheitliche Sportsprecher Nemanja Damjanovic an die rot-grüne Stadtregierung gestellt.

Um den Amateursportvereinen in der Stadt zu helfen, fordern die Wiener Freiheitlichen unter anderem eine Rückerstattung der bezahlten Sportplatzmieten für das laufende Jahr sowie ein Streichen der Mieten bzw. Pachten für das restliche Jahr 2020. Dazu einen Zuschuss für laufende Fixkosten,

einen Verlustausgleich auf fehlende Einnahmen – etwa aus dem Kantinenbetrieb – sowie Finanzzuschüsse an die Wiener, die sich den Sportvereinskostenbeitrag für ihre Kinder wegen der Corona-Krise nicht leisten könnten.

„Die Stadt Wien hat zwar im April ein ‚Sportpaket‘ in Höhe von 2,5 Millionen Euro vorgestellt, davon ist aber bisher kein einziger Euro an die Vereine geflossen“, kritisierte Damjanovic. Der angekündigte Betrag sei außerdem viel zu gering. Für alle Amateursportvereine in Wien bräuchte es an die 70 Millionen Euro – wobei es nachrangig sei, ob das Geld vom Bund oder der Stadt komme.



Damjanovic: Rot-Grün lässt Wiens Amateursportler im Stich!

KÄRNTEN 

## ÖVP-Selbstanklage

„Wenn der Kärntner Wirtschaftskammerpräsident Jürgen Mandl ‚den Amtsschimmel‘ in den ÖVP-Ministerien beklagt, so betreibt er damit Kindeswegelung“, wunderte sich Kärntens FPÖ-Chef Gernot Darmann. Denn die Wirtschaftskammer, die sich mit ihrer ÖVP-Mehrheit die Abwicklung des „Härtefall-Fonds“ unter den Nagel gerissen habe, hätte gerade diese Bürokratie mitzuverantworten, die zu der dramatischen Situation in der Wirtschaft und den fehlenden Hilfen für die Unternehmer geführt hat, erklärte Darmann.

BURGENLAND 

## Umfrage auf Schiene

Auf dem Landesparteitag Anfang März hat die FPÖ Burgenland eine Umfrage unter den Mitgliedern angekündigt. „Diese Ankündigung haben wir nun umgesetzt und die Umfrage auf Schiene gebracht. Auf dem Ergebnis dieser Umfrage wollen wir die künftige Linie der Landespartei aufbauen“, erklärte Landespartei-Sekretär Christian Ries.



Christian Ries

STEIERMARK 

## Kontrollierte Öffnung

Im Zusammenhang mit der im Juni geplanten Grenzöffnung zu den slowenischen Nachbarn warnte der steirische FPÖ-Sozialsprecher Marco Triller vor einer Zunahme der illegalen Einwanderung. „Wir wissen aus aktuellen Medienberichten, dass an die 150.000 Migranten entlang der Balkanroute auf diese Grenzöffnungen warten.“ Sogar der Leiter der Zentralstelle für Schlepperkriminalität, Gerald Tatzgern, hat davor gewarnt, dass die Öffnung von Grenzübergängen den festsitzenden Migranten entgegenkommen werde. „Damit wird vielen von ihnen die Möglichkeit gegeben, mittels skrupelloser Schlepperbanden in unser Land einzureisen und um Asyl anzusuchen“, warnte Triller. Die Freiheitlichen fordern daher strenge Kontrollen an der Grenze durch die eingesetzten Polizei- und Heereskräfte.

# „Causa Ischgl“ entwickelt sich zu einem politischen Kriminalfall

## Jetzt auch ÖVP-Landeshauptmann Günther Platter unter Druck

Laut Medienberichten hat das Land Tirol einen Erlass des Gesundheitsministeriums missachtet. Für Tirols FPÖ-Obmann Makus Abwerzger eine „Politbombe“ für die Landes-ÖVP.

Man missachtete in Tirol Verordnungen des Bundes. Man hat Personen nicht als Verdachtsfälle eingestuft, obwohl es dazu mehr als Anhaltspunkte gegeben hat. Warnungen der isländischen Behörden wurden einfach ignoriert. „Und die Verantwortlichen in Tirol meinen doch tatsächlich, sie hätten alles richtig gemacht.“

Die „Causa-Ischgl“ entwickelt sich mehr und mehr zu einem politischen Kriminalfall“, erklärte Abwerzger zu den jüngsten Enthüllungen des Magazins „profil“.

## Platter unter Druck

Der von der schwarz-grünen Koalition abgewiesene Misstrau-

TIROL 

Foto: Land Tirol

ÖVP-„Corona-Problembären“ unter sich: LH Platter und Kanzler Kurz.

ensantrag der Opposition gegen ÖVP-Gesundheitslandesrat Bernhard Tilg war mehr als berechtigt. Aber jetzt richte sich der Fokus zunehmend auf ÖVP-Landeshauptmann Günther Platter selbst, betonte Abwerzger: „Hätte man zu

Ischgl früher und richtig reagiert, so wie in Innsbruck 14 Tage zuvor, wäre uns viel erspart geblieben. So hätte man sich möglicherweise den gesamten ‚Lockdown‘ – zumindest in dieser drastischen Art und Weise – ersparen können!“

OBERÖSTERREICH 

## Lückenlose Prüfung

Eine „lückenlose Prüfung“ dieses Falles und „mehr Transparenz“ fordert FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr bei der SPÖ-nahen „Volks-hilfe Oberösterreich“, die unter dem Verdacht des Kurzarbeits-Betrugs steht. Bei diesem oberösterreichischen Sozialdienstleister soll es zum bisher größten Verdachts-

fall gekommen sein, der durch eine Razzia am Standort Schwertberg aufgedeckt wurde. Die Volkshilfe Oberösterreich hat für 390 Mitarbeiter Kurzarbeit angemeldet, aber soll diese weiter in Vollzeit arbeiten lassen.

„Dieser Verdacht ist besonders brisant. Denn die SPÖ-nahe Volkshilfe erhält als einer der größten Sozialdienstleister unseres Landes mehrere Millionen Euro Förderungen im Jahr“, beharrt Mahr auf eine vollständige Aufklärung.

Es sei einfach unverschäm, wenn einige wenige Unternehmen mit derartigen Aktionen das Ansehen der Wirtschaft in Misskredit brächten. „Gerade jetzt muss jeder seine staatspolitische Verantwortung erkennen und auch wahrnehmen“, betont Mahr zu den Kontrollen der Finanzpolizei: „Kurzarbeits-Betrag ist kein Kavaliersdelikt. Denn es ist nicht nur ein Betrug am Staat, sondern insbesondere am Steuerzahler selbst.“



Foto: FPÖ Oberösterreich

Mahr: Lückenlose Aufklärung des Volkshilfe-Skandals.

VORARLBERG 

Foto: FPÖ Vorarlberg

## Sofortige Grenzöffnung!

„Es besteht keine gesundheitspolitische Notwendigkeit mehr, mit der völligen Öffnung der Grenzen bis 15. Juni zuzuwarten“, erklärt FPÖ-Klubobmann Christof Bitschi. Alle Fraktionen, auch der ÖVP-Landeshauptmann Markus Wallner, hätten letzte Woche im Landtag betont, wie wichtig die Öffnung der Grenzen zu Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein sei. Wallner möge auf Bundeskanzler Sebastian Kurz in diesem Sinne einwirken. Denn sonst sind alle parteiübergreifenden Initiativen nicht das Papier wert, auf dem sie stehen, betonte Bitschi.

SALZBURG 

Tourismussprecher Andreas Teufl und Landesobfrau Marlene Svazek fordern ein „Fairness-Paket“ für Salzburgs Gastronomie- und Tourismusbetriebe.

# Freiheitliche: „Fairness-Paket für den Tourismus!“

## ÖVP-Restriktionsmaßnahmen gegen Gastronomie und Hotellerie beenden

**Seit Jahren versucht die ÖVP, die Gastwirte zu ruinieren. Erst dann kann sie sich als „Retter“ des von ihr zerstörten Wirtschaftszweiges huldigen lassen.**

Vor mittlerweile zwölf Jahren hat die Volkspartei über Bürokratie, finanzielle Angriffe und umstrittene Normen begonnen, die Gastronomie zu bekämpfen. Zuerst der Zickzack-Kurs beim Rauchverbot, der die Wirte Unsummen gekostet hat, dann die Registriekassa und schließlich die umstrittenen Corona-Maßnahmen, zeigte Salzburgs FPÖ-Tourismussprecher Andreas

Teufl auf: „Die Außerkraftsetzung des Epidemiegesetzes in Zusammenhang mit den in die Länge gezogenen Betretungsverboten ist wohl der ÖVP-Todesstoß für viele Wirte.“ Denn erst, wenn Hotellerie und Gastronomie am Boden liegen, dann erst wird die ÖVP Almosen verteilen, sich huldigen lassen und kann sich in der Dankbarkeit der Wähler sonnen.

**Schwarze „Interessenzertreter“?**

Teufl führt aus, dass der „Härtefall-Fonds“ für die Wirtschaft zu gering dotiert sei. Die Auszahlung durch die Wirtschaftskammer

geschehe – wenn überhaupt – zu spät und nicht in dem angekündigten Ausmaß. Zwar kritisiere der ÖVP-Wirtschaftsbund die Corona-Schikanen, aber im Landtag und im Parlament winke die Volkspartei die Gesetze jedoch durch.

Daher fordert Teufl ein „Fairness-Paket“ für Salzburgs Gastronomie und Tourismus: „Ein 300-Millionen-Euro-Folgeschäden-Fonds, die unmittelbare Aufhebung der allgemeinen Maskenpflicht und den ‚Ein-Tag-Salzburg-Urlaubs-Gutschein‘ für alle Salzburger, die ihren Urlaub in unseren Hotels verbringen.“

# Keine Masken an Schulen!

Seit 18. Mai kehren nun auch Volks- und Unterstufenschüler in die Schulen zurück. Doch von einem gewohnten „Schul-Alltag“ könne keine Rede sein.

Vielmehr sind die Kinder angehalten, bei der Ankunft in der Schule sowie in den Pausen einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen und den obligatorischen einen Meter Abstand zu Klassenkollegen zu wahren. „Insbesondere für Volksschüler stellen die von der schwarz-grünen Bundesregierung verordneten und teils überzogenen

Hygiene- und Abstandsregeln eine besondere Herausforderung dar“, erklärte dazu FPÖ-Klubobmann Stefan Hermann und forderte ein Aus für das Tragen der Schutzmaske in der Schule.

„Selbst Mediziner sind sich längst einig, dass die Maskenpflicht völlig überzogen ist“, kritisiert Hermann und fügt hinzu: Spätestens nach dem „maskenlosen Auftritt“ von Bundeskanzler Sebastian Kurz im Kleinwalsertal müsse ein Ende der Maskenpflicht auch an den Schulen kommen.

STEIERMARK 

Stefan Hermann: „Schüler vom Maskenzwang befreien!“



LÄNDER-SACHE

Marlene Svazek  
FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

Die Tourismushochburg Salzburg und seine Meile der heimischen Gastronomie frohlockte – so hört man – als die Kunde der Öffnung mit 15. Mai mittels Herolde durchs Land reichte.

## Keine kleine Nachtmusik

Welch großzügige Geste der Herrschenden, dass das Land wieder mit Speis und Trank versorgt werden dürfe. So hungrig die Augen und herzlich die Vorstellungen zum Eröffnungswochenende hin auch wurden, so enttäuschend war vielerorts das Ergebnis. Denn goldig war ausschließlich die Panier der herzlich wenigen Schnitzel und Backhendln, die moztürlich auf den beschränkten Vierertischen serviert wurden.

Allerlei Angebot offerierte der Fiskus: Niemalsnicht-Fonds und Scheinkredite. Letztlich soll nur eine Halbierung der Mehrwertsteuer auf alkoholfreie Getränke der krisengebeutelten Gastronomie frischen Lebensgeist einhauchen. Eine mutige Vermutung. Nachdem die Obersten der Republik mit ihren Pressekonferenz-Schalmeien doch stets verkündet hatten, dass sozialer Kontakt – wie er in der Gastronomie gepflegt wird – Pest-bringend sei. Spätestens seit dem vergangenen Wochenende weiß aber selbst das einfachste Gemüt, dass es einem mit der Angst im Nacken weitaus weniger düstert. Und wer weiß schon, ob sich hinter der Gesichtsmaske tatsächlich die freundlich-gesellige Mimik der Gastfreundschaft verbirgt?

„Was braucht ihr denn noch, außer unserer schönen Worte? Von denen ihr euch weder nähren, noch investieren könnt“, fragte der König. „Geld. Viel Geld“, entgegnete das Volk.

GEZWITSCHER



HeimoP

@HeimoProbst

FPÖ – Schnedlitz: Nächster Corona-Party-Skandal im engsten Kreis von Kanzler Kurz. „Quod licet iovi non licet bovi“ das Motto von #Kurz und seinen Freunden. Das ist der Charakter, der uns regiert.

18. Mai 2020 11:42

Ob seine Freunde oder der Kanzler selbst, die „Corona-Einschränkungen“ gelten nur für das dumme Volk, nicht für die „Auserwählten“.

Alphagoat

@\_AlphaGoat\_

Brav ist sie die @krone\_at, ganz braaaa! Und das so rasch nach der #zib2, schon um 22:51 Uhr! Dafür kriegts a Leckerli! „Der arme #Kurz wurde im #Kleinwalsertal von rüpelhaften Journis nahezu attackiert!“

15. Mai 2020 08:00

Nicht die FPÖ („Ibiza“), sondern ein Kurz-Freund hat sich in das „unabhängige“ Blatt eingekauft.

TELEGRAM



GEFÄLLT MIR



Norbert Hofer

16. Mai 2020

Asyl-Skandal um eine Leiharbeitsfirma? Ursprung der Coronavirus-Fälle in den Postverteilern ist eine Wiener Leiharbeitsfirma, die infizierte Arbeitskräfte aus dem Flüchtlingsheim Wien-Erdberg vermittelte.



M OER24 AT Asyl-Skandal um mehr als 100 Corona-Fälle bei Post Der Ursprung der neuen Corona-Fälle soll ein Flüchtlingsheim in...

1.063 Personen gefällt das.

Eine „Nebenwirkung“ rot-grüner Asylpolitik in der Bundeshauptstadt.

# Corona-Krise beschert dem ORF ein Minus von 50 Millionen Euro

## Schlechte Karten für Wrabetz zu erneuter Wiederwahl 2021

Nächstes Jahr steht die Wahl des ORF-Generaldirektors an. Schlechte Aussichten für den amtierenden, muss er heuer doch ein Defizit bewältigen.

Unangenehme Post bekamen Eingeweihte diese Woche von ORF-Finanzdirektor Andreas Nader, nämlich die Vorgaben für das Budget 2021. Da gibt es wohl Enttäuschungen, denn der Staatsseiner muss nach der aktuellen Budgetkorrektur 2020 zwischen 29 und 55 Millionen Euro an Verlust hereinbringen.

Die heuer abgesagten Großveranstaltungen wie die Fußball-Europameisterschaft und die Olympischen Sommerspiele gesellen sich 2021 zu den alpinen und nordischen Ski-Weltmeisterschaften. Damit sind die heuer Corona-bedingt eingesparten 30 Millionen



Wrabetz auf Suche nach Millionen für Wiederwahl 2021.

Euro für die Sportveranstaltungen auch schon wieder verplant.

### Werbekuchen ist weggebrochen

Dazu wirkt sich die durch die Corona-Maßnahmen dramatisch eingebrochene Konjunktur negativ auf die ORF-Werbekuchen aus. Im optimistischsten Szenario der Finanzdirektion sind das 2020 bereits 40 Millionen Euro an Werbe- und Sonderwerbeerlöse weniger,

als geplant waren.

Abhilfe könnte eine Erhöhung der GIS bringen. Eine Gebührenerhöhung, die laut Gesetz spätestens 2022 kommen könnte, wird aber das nächstjährige Budget wohl nicht mehr retten. Denn 2021 steht die Generaldirektors-Wahl an und Alexander Wrabetz wird daher höchstwahrscheinlich eine Gebührendebatte zwecks Wiederwahl wohlweislich meiden.

## FPÖ IN DEN MEDIEN

Jetzt dämmert es auch „Der Presse“, dass die Koalition die parlamentarischen Spielregeln gefährlich aushebelt, wie etwa beim Budget. In dem Artikel „Regierung pfeift auf das Parlament“ wird das Jonglieren mit fiktiven Zahlen zum „Corona-Budget

2020“ angeprangert. Während die Volksvertreter auf Zahlen warten müssen, wurde Brüssel hingegen der aktuelle Stand übermittelt, wird

### FPÖ-Budgetsprecher Hubert Fuchs zitiert.

„Gehen Sie ins Wirtshaus, wir zahlen die Rechnung“ lautet die Aktion der Linzer FPÖ, über die „Öster-

### Mit Aktion werden Wirte unterstützt FPÖ zahlt Linzern die Wirtshaus-Rechnung

Jedem Sie zum Warten und genießen Sie die heimische Kultur!... Die Linzer FPÖ hat sich... Wirtshaus-Rechnung... Wirtshaus-Rechnung...



reich“ berichtet. Damit will man der heimischen Gastronomie unter die Arme greifen, wird FPÖ-Vizebürgermeister Markus Hein zitiert: Rechnung fotografieren, via Facebook der FPÖ Linz übermitteln und mit Glück ist man einer der fünf Gewinner, die ihre Wirtshausrechnung ersetzt bekommen.



Rot und Grün sind vertrauenswürdig, Blaue produzieren nur „Fake News“.

So lautete auch am Dienstag wieder das Motto des als „Politmagazin“ deklarierten „Report“ im ORF. Zur Einleitung eine Lobeshymne auf die neue Kulturstaatssekretärin, ohne jede Hinterfragung, wie sie denn ihre Unterstützung der Künstler besser machen könnte, als ihre Vorgängerin.

Dass man auch anders kann, demonstrierte die Moderatorin dann im Interview mit Herbert Kickl. Jede Antwort des FPÖ-Klubmanns quittierte sie mit einer „Korrektur“ derselbigen, ohne dass dieser darauf reagieren durfte.



### GISBÄRS TV-NOTIZ

Etwa zum Nutzen der Schutzmasken, den selbst Experten im Beraterstab des Kanzlers als Nonsense bezeichnen. Für Frau Schnabl die „falschen Experten“, denn andere, die „richtigen“, fordern gerade diese Schutzmaskerade.

Und dann das Highlight der Sendung: Die Stadt Wien, als Muster-

beispiel in Sachen Ansteckungsverhütung.

Da war von „Neuinfektionen“ in einem „Postverteilungszentrum in Niederösterreich“ die Rede. Dass die Infektionskette ihren Ausgang im Asyllager Wien-Erdberg nahm, wurde nur kurz angedeutet. Dass infizierte Asylanten aus der Wiener Quarantäne einfach „abgepascht“ sind und so zig Mitarbeiter in zwei Postverteilern ansteckten, wurde unter den Teppich gekehrt.

Diese „vorbildhafte“ Aktion der Stadt Wien darf SPÖ-Gesundheitsstadtrat Peter Hacker unwidersprochen loben – ohne jede Korrektur durch die Frau Schnabl.

Ich pfeif' auf die GIS!

# Was wir der Corona-Pandemie alles verdanken

Ganz bestimmt und zweifellos gehört das Beherrschen oder zumindest das Verstehen von Fremdsprachen zur Kultur. Allerdings nicht um jeden Preis, es gibt sehr viele kulturbewusste Menschen, die keine andere Sprache als Deutsch sprechen und recht gut durchs Leben kommen.

## Man lernt nie aus

Unbestritten ist aber, dass uns Corona eine Menge Fremdwörter beschert hat. Allein das Wort Pandemie hätten wir vielleicht ohne die Belehrungen unserer Politiker nur als Epidemie bezeichnet. Aber die Vorsilbe „pan“ steht für „allumfassend“, die Pandemie ist also eine Epidemie großen Ausmaßes und hat mit dem griechischen Hirtengott Pan nichts zu tun.

Seit dem „Lockdown“ vor einigen Wochen wissen wir, dass das Ausgangssperre heißt, und einige von uns sind oder waren in Quarantäne, man spricht das qu als k aus und meint damit ein Isolieren Kranker oder einer Krankheit Verdächtiger. Und Herr Kurz hat erfahren, dass es „infizieren“ und nicht „infisieren“ heißt.

## Reden wir denglisch?

Dass unsere Sprache in letzter Zeit viel zu häufig mit englischen bzw. amerikanischen Vokablen durchsetzt wird, halten viele für modern. Mir tut's weh. Hinweise auf vergangene Zeiten, da Französisch die Lieblingssprache für Fremdwörter war, lindern den Schmerz geringfügig. Allerdings

ist mir ein Rendezvous so lieb wie ein Stelldichein, wenn's nur nicht „date“ heißt. Ich meine, dass wir schlicht zu einfallslos sind, um Neuartiges deutsch zu benennen. Also gehört der Computer längst in unsere Umgangssprache, und wir freuen uns, dass „Kindergarten“ auch in London ein Kindergarten ist.

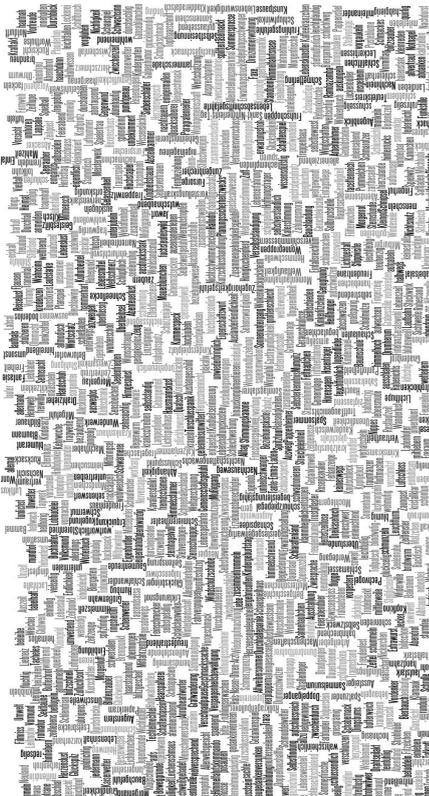
## Wechstaben verbuchseln

Karl Farkas hat das Verwecheln von Fremdwörtern zu höchsten Ehren erhoben, wenn er im Kabarett, das ebenfalls zur Kultur gehört, mit Ernst Waldbrunn darüber stritt, ob man Mammon oder Mammut sagt. Katafalk wurde mit Kalfakter verwechselt, Alimente mit Elementen und Pygmalion mit Chamäleon. Bis zur task force und zum worst case haben es Farkas und Waldbrunn aber nicht gebracht. Diese Begriffe sind eher in den Pressekonferenzen der Herren Nehammer und Anschober daheim, weil den beiden vor lauter Zeitnot Arbeitsgruppe zu lang ist und sie selber zum schlimmsten Fall gehören.

Nur wenige Wiener aber kennen vermutlich das wienerische Wort für den norddeutschen Sankt-Nimmerleins-Tag. Es ist der in Wien beheimatete „Schaustasunntag“. Wir sollten uns seiner wieder bedienen.

Einschlägig und kurz gibt sich mein abschließendes Gedicht:

*De Frikadön,  
de Sadön  
und de Salmonön,  
de kennan ma olle  
gstohln wern,  
de Fisch...*



Eferdingers Stadtparteiobmann Silvio Hemmelmayr überreichte, ganz den Vorgaben entsprechend, die Geschenke auf dem Eferdinger Hauptplatz.

## Eferding: Blumen und Süßes zum Muttertag

Eine ganz besondere Aktion haben sich die Eferdinger Freiheitlichen heuer zum Muttertag einfallen lassen.

Mit Blumen und süßen Rum-Pflaumen bedankten sie sich persönlich bei Müttern im Rahmen einer Verteilaktion in der Eferdinger Innenstadt.

„Wir möchten allen Müttern unseren herzlichen Dank und unsere Anerkennung aussprechen: Für das Meistern der herausfordernden Aufgaben im täglichen Leben und im besonderen jetzt während der Corona-Krise“, erklärt der geschäftsführende Stadtparteiobmann Silvio Hemmelmayr.

### Neu in der Annahmestelle: „Big Money“ & „Mega Money“

Rubbellose bieten Hauptgewinne von 100.000 bzw. 250.000 Euro

Das neue Rubbellos Duo „Big Money“ und „Mega Money“ wartet mit glänzenden Gewinnen und eröffnet die Möglichkeit auf das große und auf das ganz große Geld. Goldmünzen, Diamanten und Goldbarren zieren die Los-Vorderseite und sorgen für jede Menge Rubbelspaß.



Auf dem Rubbellos „Big Money“ befinden sich drei Spiele und damit drei Gewinnchancen. Es wartet ein Hauptgewinn in Höhe von 100.000 Euro sowie zahlreiche weitere Gewinne von 5 Euro bis 1.000 Euro. Das neue Rubbellos ist zum Preis von 5 Euro in allen Annahmestellen erhältlich.

Auf dem Rubbellos „Mega Money“ warten ebenfalls drei Spiele und zusätzlich der „Moneybonus“. Pro Los kann man also bis zu vier Mal gewinnen. Bei „Mega Money“ beträgt der Hauptgewinn 250.000 Euro, daneben gibt es weitere Gewinne von 10 Euro bis 10.000 Euro. Beim „Moneybonus“ kann man 1.000 Euro oder 10 Euro zusätzlich gewinnen. Das neue Rubbellos ist zum Preis von 10 Euro erhältlich.

### ROTE NASEN bringen Lachen und Lebensfreude

Österreichische Lotterien unterstützen die sympathischen Clowndocors

Menschen in herausfordernden Lebenslagen feinfühlig und humorvoll zur Seite zu stehen, das ist die Motivation der ROTE NASEN Clowndocors - und das seit über 25 Jahren. Dabei haben sie erfolgreich bewiesen, welche wichtige Rolle Humor im Genesungs- und Heilungsprozess spielt.

Die Österreichischen Lotterien sind Partner der ROTE NASEN Clowndocors und davon überzeugt, dass ihre wertvolle Arbeit gerade in Zeiten wie diesen mehr benötigt wird, denn je. Und weil Humor weder Barrieren noch Grenzen kennt, kommen die sympathischen Clowns ab sofort online zu Besuch.



Zuletzt haben sie einer Familie im Mutter-Kind Haus Immanuel via persönlichem Video-Call einen „Besuch“ abgestattet und damit für unbeschwerte Momente und leuchtende Augen gesorgt. Denn Gesundheit ist schließlich der größte Reichtum, und Lachen die beste Medizin.



**JETZT HIER UNTERSCHREIBEN  
ODER ONLINE AUF [WWW.CORONAWAHSINN.AT](http://WWW.CORONAWAHSINN.AT)**



## **Jetzt reicht's! - Allianz gegen den Corona-Wahnsinn**

**Die Bürger haben ein Recht auf Freiheit, Sicherheit und Planbarkeit ihres Lebens!**

Daher fordern die Unterzeichner dieser Petition von der Bundesregierung die

### **Rückkehr zur echten Normalität**

durch die Umsetzung folgender Maßnahmen:

#### **Gesundheit – Gezielter Schutz für Risikogruppen und medizinisches Personal**

- » Konsequenter Schutz der vom Coronavirus besonders gefährdeten Gruppen und volle Betreuung in allen Lebensbereichen – vom Arbeitsmarkt über medizinische Leistungen bis hin zur Lebensmittelversorgung
- » Sicherung der medizinischen Vollversorgung für alle Menschen in Österreich unabhängig von Corona
- » Effektiver Schutz des Personals in Gesundheitsberufen durch Schutzausrüstung – den Besuch von Angehörigen in Krankenhäusern und Pflegeheimen wieder möglich machen

#### **Erwerbstätigkeit – Entschädigung für alle vom Arbeiter bis zum Unternehmer**

- » Voller Ersatz der durch die Coronavirus-Epidemie verursachten Einbußen, wie im Epidemiegesetz ursprünglich vorgesehen
- » Sofortiger Stopp der Entschädigungsabwicklung durch die Wirtschaftskammer oder eine eigens gegründete schwarz-grüne GmbH ohne vernünftige Kontrolle
- » Bei Ersatz der durch die Epidemie verursachten Einbußen gleichzeitig Arbeitsplatzgarantie für die Arbeitnehmer
- » Sofortige Beendigung aller Betretungsverbote – Hochfahren der gesamten Wirtschaft inklusive aller Geschäfte, der Gastronomie und der Hotellerie
- » Keine generellen Veranstaltungsverbote, damit auch die Organisationen, Künstler sowie die österreichischen Vereine in den Bereichen Sport, Kultur und Brauchtum leben können

#### **Familie und Bildung – Unterricht, Freizeit und private Absicherung**

- » Rascher Übergang zum Regelbetrieb in Schulen und Universitäten zum Nutzen der Kinder und Jugendlichen und zur Entlastung der Familien
- » Echte Unterstützung anstatt bloßer Stundungen von Mieten, Kreditraten, Versicherungsprämien udgl. bei privaten Härtefällen
- » Sofortige Aufhebung der Sperre von Sport- und Freizeitanlagen

#### **Freiheit und Recht – Volle Achtung der Verfassung und der Grundrechte**

- » Sofortige Rücknahme aller verfassungsrechtlich bedenklichen Gesetze, Verordnungen und Erlässe und Verfall aller Anzeigen und Strafen, die auf Basis unklarer Rechtsvorschriften verhängt wurden
- » Aufhebung aller freiheitsbeschränkenden Maßnahmen, insbesondere von Ausgangsbeschränkungen, Einschränkungen der Erwerbsfreiheit und der Reisefreiheit sowie des privaten Lebens
- » Auslaufen aller gesetzlichen Sonderermächtigungen für die Regierung bereits vor dem Sommer

| Name | Adresse | Geb. Datum | Unterschrift |
|------|---------|------------|--------------|
|      |         |            |              |
|      |         |            |              |

Mit Ihrer Unterschrift unterstützen Sie die Petition „Jetzt reicht's! - Allianz gegen den Corona-Wahnsinn“ und stimmen zu, dass die von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten zum Zweck der Petition verarbeitet werden.

**Bitte senden Sie das ausgefüllte Formular an:**  
Freiheitliche Partei Österreichs  
Friedrich-Schmidt-Platz 4, 1080 Wien